

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 10 Vorschläge für Direktwahlen auf Gemeinde-Ebene - Unentschiedenheit in der Parteiführung

Während der Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) haben 35 Mitglieder eines Arbeitsausschusses für ländliche Angelegenheiten gemeinsam einen Antrag eingebracht, in dem die Einführung von Direktwahlen für die Verwaltungsleitungen auf Gemeinde-Ebene vorgeschlagen wird. (SCMP, 9.3.1999) Bisher werden in China lediglich die Leiter der Selbstverwaltungsorgane in den Dörfern direkt gewählt.

Im Dezember 1998 war es jedoch in der Gemeinde Buyun (Stadt Suining, Provinz Sichuan) erstmals zu Direktwahlen für das Amt des Gemeindevorstehers gekommen - offenbar ohne offizielle Billigung der Provinz- und Zentralregierungen. Diese Gemeindevahlen waren im Januar in der *Beijinger Rechtsordnungszeitung* - mit allerdings milden Worten - als rechtswidrig bezeichnet worden, weil sie im Widerspruch zu Verfassungsbestimmungen stünden. (*Fazhi Ribao*, 19.1.1999, siehe C.a., 1999/1, Ü 13) Wenige Tage später aber druckte die gleiche Zeitung eine kurze Stellungnahme ab, in der die Wahlen in Buyun positiv als Vorreiter der politischen Reform auf dem Lande eingeschätzt wurden. (*Fazhi Ribao*, 23.1.1999)

Ein Jurist der NKV-Kommission für Rechtsordnungsarbeit (ein Arbeitsorgan des NVK, das eine zentrale Rolle in Gesetzgebungsverfahren spielt) deutete im März an, daß sich in der Parteiführung noch kein Konsens über den Umfang der politischen Reformen auf dem Lande herausgebildet habe. (SCMP, 11.3.1999) -hei-

### 11 VBA - Generäle bekunden Loyalität zur Parteiführung

Führende Offiziere der Volksbefreiungsarmee (VBA), die als Delegierte

an der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März teilnahmen, haben nachdrücklich ihre Unterstützung für die Parteiführung und für die Politik der Entkoppelung von Militäreinheiten und Unternehmen bekundet. (SCMP, 9., 13., 15.3.1999)

Mehrere Generäle verwiesen darauf, daß es in nur rund sechs Monaten gelungen sei, die kommerziellen Unternehmungen von Armeeeinheiten nahezu vollständig zivilen Regierungsstellen unterzuordnen. Die Abkoppelung der Unternehmungen habe allerdings finanzielle Verluste für die Armee nach sich gezogen, die - so Generalstabschef Fu Quanyou - durch eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und ungenannter „anderer Zuwendungen“ kompensiert würden.

Auch wiesen einige führende Militärvertreter auf die Notwendigkeit anhaltender „ideologischer Arbeit“ hin, um Offiziere und Soldaten dauerhaft von kommerziellen Unternehmungen fernzuhalten. General Zhang Wannians Stellungnahmen ließ sich entnehmen, daß einige Schlüsselunternehmen weiterhin unter der Kontrolle von Armeestellen seien, diese sich aber um eine bessere Regulierung und ein besseres Management bemühten.

Unklar bleibt, ob der mäßige Anstieg des Verteidigungshaushaltes - vorgesehen ist 1999 offiziell ein Zuwachs von 12,7% - in den Reihen der Armeeführung für ausreichend gehalten wird, um die Verluste und Kosten auszugleichen, die sich aus der Abkoppelung der kommerziellen Unternehmungen sowie aus dem massiven Militäreinsatz während der Flutkatastrophe im letzten Sommer ergaben. Es ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß ein sehr bedeutender Teil finanzieller Zuwendungen für das Militär in anderen Haushaltsposten und Sondertöpfen versteckt ist. -hei-

### 12 Jiang Zemin setzt engen Vertrauten als neuen Direktor der ZK-Organisationsabteilung durch

Mitte März hat Jiang Zemin sich im Politbüro mit einer wichtigen Personalentscheidung durchsetzen können, die seit mehreren Jahren anhängig war: Zum neuen Direktor der ZK-Organisationsabteilung, die sämtliche

Dossiers von Spitzenkadern verwaltet und eine kardinale Rolle in der Rekrutierung politischen Spitzenpersonals spielt, wurde Jiang Zemins langjähriger Vertrauter Zeng Qinghong ernannt. Zeng ist erst 59 Jahre alt, Politbüro-Kandidat, und war bisher Leiter des ZK-Hauptbüros. Aufgrund seines neuen Amtes gehört er jetzt zu den Schlüsselfiguren der jüngeren Generation in der Parteispitze.

Der seit 1993 amtierende Leiter der ZK-Organisationsabteilung, Zhang Quanjing, wurde nicht nur aus Altersgründen, sondern auch deshalb seiner Position enthoben, weil er auf dem letzten Parteitag nicht in das KP-Zentralkomitee gewählt worden war.

Nachfolger Zeng Qinghongs als Direktor des ZK-Hauptbüros, das die Arbeit der verschiedenen Organe in der Parteizentrale koordiniert und die Verbindung zu regionalen Parteistellen hält, wurde Wang Gang, der zuvor eine führende Position in der geheimnisumwitterten Dokumentenverwaltung und Spionageabwehr der Parteizentrale gespielt hat. Da Wang Gang außerdem schon seit Jahren als Präsident der internationalen Vereinigung für das Archivwesen fungiert hat, verfügt er über eine ungeahnt reichhaltige internationale Erfahrung in der Runde der Direktoren zentraler Parteiorgane. (RMRB, 19.3.1999; *Ming Pao*, Hongkong, nach SWB, 20.3.1999; SCMP, 19.3.1999; ZM, 1999/4, S.6-7) -hei-

### 13 Ständiger Ausschuß des NVK prüft Ratifizierung des Internationalen Sozialpaktes

Im Oktober 1997 hatte die chinesische Regierung die Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (kurz „Sozialpakt“ genannt) unterzeichnet, die neben einer Vielzahl vager gesellschaftspolitischer Bekundungen auch das Recht auf Organisation freier Gewerkschaften beinhaltet.

Während der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) wurde nun bekannt gegeben, daß der Staatsrat diese Konvention bereits an den Ständigen Ausschuß des NVK zur Prüfung einer Ratifizierung weitergeleitet habe. Da aber die Volksrepublik China nicht an der Abfassung

und Verabschiedung des Sozialpaktes in den Vereinten Nationen 1966 habe mitwirken können (damals hatte noch Taiwan den chinesischen UN-Sitz inne), müsse man jetzt erst viele Einzelfragen - wohl insbesondere der Kompatibilität mit der innerchinesischen Rechtslage - prüfen, bevor der Pakt offiziell ratifiziert werden könne.

Ein Vertreter der Kommission für Rechtsordnungsarbeit beim Ständigen Ausschuß des NVK wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die Internationale Konvention über politische und bürgerliche Rechte (den sogenannten „Zivilpakt“, der umfassende konkrete Garantien für politische Freiheits-, Mitwirkungs- und Abwehrrechte enthält) auch erst 15 Jahre nach der Unterzeichnung ratifiziert hätten. Und der „Sozialpakt“ sei vom amerikanischen Parlament bis heute - also 22 Jahre nach der Unterzeichnung - noch gar nicht ratifiziert worden. (XNA, 10.3.1999)

Der explizite Hinweis auf die verzögerte Ratifizierung durch die USA läßt darauf schließen, daß auch die chinesische Seite sich viel Zeit für die offizielle Inkraftsetzung der beiden internationalen Pakte lassen wird. Der von der chinesischen Regierung im Oktober 1998 unterzeichnete „Zivilpakt“ ist bisher noch nicht an den Ständigen Ausschuß des NVK weitergeleitet worden und hat somit nicht einmal die allererste Stufe des Ratifizierungsprozesses durchlaufen. Aufgrund des politisch hochsensiblen Inhalts des „Zivilpaktes“ ist auch kaum mit einer baldigen Entscheidung zu rechnen. -hei-

vom Staatsrat verabschiedet worden. Der Plan besteht aus 12 Kapiteln mit insgesamt 50 Punkten. Die Themen der einzelnen Kapitel lauten wie folgt:

1. Verwirklichung des „Projekts Qualitätsbildung fürs nächste Jahrhundert“ mit dem Ziel der Anhebung der Qualität des Volkes. Ausgehend davon, daß die beiden grundlegenden Bildungsziele Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Leuten bis zur Jahrhundertwende im wesentlichen erreicht sein werden, soll das Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung weiter angehoben werden. Dazu wird eine Standardisierung der Schulbildung angestrebt. Ausdrücklich erwähnt werden Sport- und Kunsterziehung sowie die Standardisierung der Sprache und Schrift.
2. Anhebung der Qualität der Lehrer: Aus- und Weiterbildung sollen gefördert werden.
3. Projekt zur Ausbildung hochqualifizierter innovativer Wissenschaftler: Stärkung der Hochschulforschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch verstärkte Ausbildung von Doktoranden und Schaffung von Post-Doc-Stellen.
4. Ausbau des „Projekts 211“: Die in dieses Projekt aufgenommenen Universitäten sollen über erstklassige Forscher verfügen, die sich innovativer Forschung widmen.
5. Ausbau einer Reihe von Eliteuniversitäten zu erstklassigen Universitäten von Weltrang.
6. Aufbau eines modernen Daten-netzes für das Bildungswesen, namentlich des CERNET (China Education and Research Network), des Satellitenfernsehens für Bildungszwecke sowie eines Systems des lebenslangen Lernens.
7. „Projekt für die Umsetzung von Hochtechnologie und neuen Technologien an den Hochschulen“: Die Hochschulen sollen sich zu Innovationszentren entwickeln, die dem wirtschaftlichen Aufbau, insbesondere der Modernisierung der veralteten Industrieanlagen und der Landwirtschaft, dienen.
8. Durchsetzung des „Hochschulgesetzes“ mit dem Ziel des beschleunigten Ausbaus der Hochschul-

bildung, der Beschleunigung der Hochschulreform sowie der Steigerung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung. Als quantitative Ziele werden genannt: Bis zum Jahr 2000 soll die Zahl der Studenten im Grundstudium 6,6 Mio. erreichen, die Hochschulzugangsrate 11 Prozent. Das Verhältnis von Studenten zu Lehrern an den regulären Hochschulen soll 12 : 1 und die Zahl der Studenten an diesen Hochschulen durchschnittlich 4000 (derzeit liegt die durchschnittliche Zahl der Studenten pro Hochschule meist um die Hälfte niedriger, und auf eine Lehrkraft kommen nur ca. 8 Studenten). Bis zum Jahr 2010 soll die Hochschulzugangsrate auf 15 Prozent erhöht werden.

9. Ausbau der Berufs- und Erwachsenenbildung, ausdrücklich auch für die Landwirtschaft.
10. Weitere Reform des Systems der Schulbetreiber: Der Staat bleibt Hauptbetreiber der Schulen, daneben können gesellschaftliche Kräfte Schulen betreiben, d.h. öffentliche (*gongban*) und nichtöffentliche (*minban*) Schulen bestehen nebeneinander.
11. Steigerung der Investitionen ins Bildungswesen: Als Ziel wird für die staatlichen Investitionen ins Bildungswesen ein Anteil von 4 Prozent des BSP genannt. Bis zum Jahr 2000 sollen es 3 Prozent sein. Insbesondere sollen die im Bildungsgesetz vorgeschriebenen „Drei Erhöhungen“ durchgesetzt werden, d.h. die Bildungsausgaben der Regierungen aller Ebenen müssen höher liegen als die Einkünfte der Finanzämter der betr. Ebene; die Bildungsausgaben pro Schüler/Student müssen schrittweise erhöht werden; die von der öffentlichen Hand gezahlten Lehrergehälter und Aufwendungen pro Schüler/Student müssen schrittweise erhöht werden.
12. Ideologische Bildung: Hochhalten der Theorien Deng Xiaopings, insbesondere Stärkung der ideologisch-politischen Arbeit der Parteikomitees an den Hochschulen und Ausbau der Hochschulen zu Stützpunkten für den Aufbau einer sozialistischen geistigen Kultur.

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 14 Veröffentlichung des Aktionsplans für Bildungswesen

Der „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.“ (vgl. dazu C.a., 1999/2, Ü 15) wurde am 25. Februar 1999 in Auszügen in der GMRB veröffentlicht. Er war im Dezember 1998 vom Bildungsministerium vorgelegt und am 13. Januar 1999